

Zeltweger NACHRICHTEN

Nummer 122

Ausgabe 122, April 2021

Zeitung der **KPO ZELTWEG**

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Zugestellt durch Post.at,

www.kpoe-steiermark.at

KPÖ: Vereine brauchen Unterstützung der Gemeinde

Im Vorjahr hat der Zeltweger Gemeinderat beschlossen die Förderungen für die Vereine um 10% zu senken. Damals war nur die KPÖ dagegen, der ÖVP gingen die Kürzungen sogar nicht weit genug.

KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat sich schon damals dafür ausgesprochen die Förderungen, die ja erst vor wenigen Jahren gesenkt wurden, eher zu erhöhen. Im Vergleich zu den Förderungen vor der Krise wurden 4.800 Euro eingespart. Ein Betrag der sicher nicht geeignet ist, das durch die Krise entstandene Loch bei der Gemeinde zu stopfen. Bei den Vereinen fehlt das Geld aber.

Vereine in schwieriger Lage

Wie sich bereits im Vorjahr abgezeichnet hat, wird die Lage für die Vereine immer schwieriger. Sie können derzeit beinahe überhaupt nicht tätig sein. Bei den Sportvereinen ist Training, wenn, dann nur sehr eingeschränkt möglich, an Veranstaltungen ist überhaupt nicht zu denken.

Den Vereinen fehlen also wichtige Einnahmen um ihre Arbeit auch in Zukunft machen zu können. Die KPÖ bleibt daher auch heuer bei der Forderung die Förderungen zu erhöhen.

Lebendige Vereine - Lebendige Stadt

Eine lebendige Stadt ist darauf angewiesen, dass das Vereinsleben funktioniert. Die Folgen der Krise



Die Vereine leiden besonders an der Corona-Krise - Sie brauchen gerade jetzt die Unterstützung der Gemeinde!

PETER LORBERAU

KPÖ

sind für alle zu spüren, nicht nur finanzielle Folgen. Gerade für die psychische Gesundheit von Jugendlichen ist es ein wichtiger Beitrag, wenn sie sich in Vereinen engagieren können. Hier zu sparen, ist im Hinblick auf die Zeit nach der Krise, sehr kurzsichtig.

Gut finanzierte Gemeinden statt Einsparungen

Die Gemeinden brauchen ausreichend Mittel um in ihren Bereich gegen die Folgen der Krise aktiv sein zu können. Während viele Menschen arbeitslos oder in Kurzarbeit sind und Kleinbetriebe am Rande ihrer Existenz stehen, sind große Konzerne in der Krise oft noch reicher geworden, es ist Zeit, sie an den Kosten zu beteiligen. Mit einer Vermögenssteuer könnte genug eingenommen werden um die Verluste der Gemeinden aufzufangen und ihnen die Möglichkeit zu geben in die Zukunft zu investieren.

KOMMT ZUM 1. MAI!

WIR FAHREN NACH GRAZ: ANMELDUNG UNTER 03512/822 40

**UNSERE STÄRKE:
SOLIDARITÄT!**

ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE!

Eröffnungsbilanz und Doppik: Rechnerische Grundlage für Privatisierungen

Die Gemeindefinanzen wurden auf das System der Doppik umgestellt. Ein Buchungssystem, das in der Privatwirtschaft angewendet wird. Eine Umstellung, die sehr kosten- und zeitintensiv war und zu der die Gemeinden zwangsverpflichtet wurden.

Beschlossen wurde diese Umstellung im Landtag in Umsetzung einer Vorgabe der EU. Mit der Doppik wurden die rechnerischen Voraussetzungen geschaffen, dass Gemeindebetriebe leichter privatisiert werden könne. Die KPÖ hat im Landtag gegen die Umstellung auf die Doppik gestimmt.

Mit der Einführung der Doppik wurden die Gemeinden auch verpflichtet eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. In aufwendigen Vorarbeiten mussten alle Vermögenswerte - von den Gemeindestraßen bis zum Schreibtisch des Bürgermeisters finanziell bewertet werden.

Damit wurde das Vermögen der Gemeinden erfasst und ist damit für Privatisierungsgelüste greifbar. Die Gemeinden sind nun untereinander vergleichbar und können bewertet werden. Das kann auch Auswirkungen auf die Bonität und damit auf die Höhe von Kreditzinsen haben. Die KPÖ hat die Eröffnungsbilanz aus diesen Gründen abgelehnt.

Das erste Land das kommunale Budgets auf die Doppik umgestellt hat, war bezeichnerweise Großbritannien. Dadurch wurden die Grundlagen dafür geschaffen, die meisten Leistungen der Gemeinden zu privatisieren. Von Wohnungen, über Müllabfuhr bis zu Kanal und Wasserleitungen. Die Voraussetzungen dafür gibt es nun auch bei uns. Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum muss verhindert werden. In Zukunft müssen wir uns noch stärker dafür einsetzen.



Liebe Zeltweggerinnen und Zeltwegger!

Politik und Anstand

Die jüngst bekanntgewordenen SMS-Nachrichten aus dem ÖVP Umfeld sind beunruhigend. Egal ob CASAG oder ÖBAG, in beiden Fällen wurden Posten per Freunderlwirtschaft vergeben und das in einer erschreckenden Selbstverständlichkeit. Ohne jeden Genierer, dafür mit Kuss-Smileys und Liebesbekundungen, reden sie über Milliarden an Steuergeld, als wären es Monopoly-Scheine.



Im Fall der ÖBAG wurde der Posten sogar erst geschaffen, denn die ÖBAG war bis zur Bestellung von Thomas Schmid eine GmbH. Dann wurde umfirmiert und eine AG gegründet und der Alleinvorstand mittels einer maßgeschneiderten Ausschreibung an Thomas Schmid vergeben. Als ehemaliger Generalsekretär im Finanzministerium hatte er noch keine internationale Erfahrung. So wurde kurzerhand eben diese Anforderung aus der Ausschreibung gestrichen.

Auch der von Gernot Blümel bestellte Aufsichtsrat der ÖBAG wurde vorab sorgfältig ausgewählt, um sicher zu stellen, dass Thomas Schmid auch tatsächlich als Alleinvorstand bestellt werden konnte. In den Chatverläufen von Schmid finden sich viele Hinweise wie dies vonstattenging.

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft arbeitet mit Hochdruck an der Aufklärung der Sachlage. Schmid und Blümel werden bereits als Beschuldigte geführt. Jedoch sieht sich keiner der Genannten zu einem Rücktritt gezwungen, obwohl diese längst überfällig sind. Für alle genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Doch Rücktritte und Verurteilungen reichen nicht aus, das System muss sich ändern. Gegen diese Frechheit, gegen diese Schikanen von oben braucht es eine soziale Kraft von unten. Ärgert Sie diese Politik der etablierten Parteien, die für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, für die arbeitenden Menschen nichts übrig hat? Dann werden Sie gemeinsam mit der KPÖ aktiv!

Ihr KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau
E-Mail: p.lor49@hotmail.com

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, LW-Nr-944, 8720 Knittelfeld

Gesundheitszentrum

In Zeltweg soll bis 2022 ein Gesundheitszentrum entstehen. Dabei sollen eine Frauenärztin, ein Kinderarzt und eventuell ein Allgemeinmediziner angesiedelt werden.

Die KPÖ begrüßt es wenn sich die medizinische Versorgung der ZeltwegerInnen verbessert. Insbesondere bei FrauenärztInnen, aber auch insgesamt im Fachärztlichen Bereich, fehlt bei uns eine ausreichende Versorgung mit KassenärztInnen. Oft müssen Menschen auf teure WahlärztInnen ausweichen. Es ist daher dringend notwendig, dass es hier Bewegung gibt.

Gegen Abbau im Spitalsbereich

Die Idee der Gesundheit- oder Primärversorgungszentren wurde im steirischen „Strukturplan Gesundheit“ auch als Ersatz für Abbau im Spitalsbereich angepriesen. Bis jetzt wurden viele Versprechungen über den Umfang der Zentren nicht eingehalten und statt ursprünglich geplanter 100, soll es vorerst nur 11 geben. Zudem hält die Landesregierung an ihrem Plan fest, Betten in den Spitälern abzubauen. Dabei hat gerade die Corona-Krise gezeigt, dass wir mehr statt weniger brauchen würden.

Ein Ausbau der Primärversorgung, darf nicht als Ausrede genutzt werden, bei den Spitälern einzusparen.

Minex:

Offene Diskussion gefordert

Vor der Gemeinderatswahl haben die Gemeinden Fohnsdorf, Judenburg, Knittelfeld und Spielberg gemeinsam mit Zeltweg ein Gutachten über das geplante Werk der Firma Minex in Auftrag gegeben. Schon zu Anfang war klar, dass das Gutachten nur etwas bringt wenn alle Zugänge berücksichtigt werden.

Die Gemeinderäte von Spielberg und Knittelfeld haben beschlossen, dass eine Liste von Unterlagen der Bürgerinitiative „Lebenswertes Aichfeld“ in das Gutachten einfließen muss. Aus dem Gutachten geht aber nur hervor, dass einer von neun Punkten tatsächlich Eingang gefunden hat.

Für die Bürgerinitiative hat das Gutachten daher keine Aussagekraft, sie fordert eine öffentliche Diskussion der Beteiligten, also von Minex, von DI Dr. Robert Sedlacek, der das Gutachten erstellt hat und der Bürgerinitiative.

Im Gemeinderat gab es einen Antrag der Grünen, die eine solche Diskussion gefordert, diese hätte der Bevölkerung per Livestream zugänglich gemacht werden sollen. Die KPÖ ist der Ansicht, dass alle Meinungen zu Minex transparent und offen diskutiert werden sollen damit die Menschen sich ein objektives Bild machen können. Die SPÖ Mehrheit hat aber, nach den Wahlen, scheinbar kein Interesse an einer Aufklärung der offenen Fragen. **War das Gutachten nur ein teurer Wahlkampfgegag?**

Ukraine: Die Kriegsgefahr steigt

In der Ukraine schwelt seit 2014 ein Bürgerkrieg. In den vergangenen Wochen wurde uns dieser Konflikt wieder in Erinnerung gerufen. Ein Konflikt der das Potenzial hat sich zu einem Krieg auszuweiten - und der findet dann in Europa statt.

Zur Geschichte: 2014 wurde die gewählte Regierung nach Unruhen in Kiew und anderen Städten auch mit westlicher Hilfe gestürzt. Die neuen Machthaber waren anti-russisch ausgerichtet, daher kam es in Folge zu Unruhen in den mehrheitlich russisch besiedelten Gebieten der Ukraine.

Zwei Regionen, Donezk und Lugansk, haben sich als unabhängig erklärt und diese Unabhängigkeit mit russischer Unterstützung behauptet. Die Halbinsel Krim, historisch ein Teil Russlands, ist der Russischen Föderation beigetreten. In einer Volksabstimmung, an der 87 Prozent der Bevölkerung teilgenommen haben, haben fast 97 Prozent für diesen Schritt gestimmt.

Viele Gespräche konnten bisher keine Lösung bringen. Im März dieses Jahres hat der ukrainische Präsident ein Dekret unterzeichnet, wonach es nun

die offizielle Leitlinie der ukrainischen Aussenpolitik sei die Krim von Russland zurückzuholen. Auf der Krim haben 77 % der Bevölkerung Russisch als Muttersprache und dort liegt in Sewastopol auch der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte,

Ukrainische Militär drängen darauf in die abtrünnigen Republiken Donezk und Lugansk einzumarschieren. Besondere Brisanz hat die Lage auch dadurch, dass die Ukraine immer stärker in die NATO drängt, die seit dem Zusammenbruch des Sozialismus - trotz gegenteiliger Zusagen - immer näher an die russische Grenze vordringt. Der ukrainische Botschafter in Deutschland will sogar über die Atombewaffnung der Ukraine nachdenken. Stellen sie sich vor, dass würde ein Land vor der Haustür der USA machen.

Der Frieden in Europa muss bewahrt werden! Dafür braucht es die Lösung der Konflikte mit nicht-militärischen Mitteln und keine Einmischung von außen. Es bräuchte eine kollektive Sicherheitsstruktur unter Einbindung Russlands. Ein Österreich das seine Neutralität ernst nimmt, könnte dazu einen Beitrag leisten.

8. März, Internationaler Frauentag: Trotz Corona: Aktionen zum Frauentag fanden statt!

Der Internationale Frauentag wird weltweit seit 1911 am 8. März begangen. Sein Ziel war es von Anfang an Gleichberechtigung von Frauen und Männern herzustellen. Die KPÖ und der Bund Demokratischer Frauen erinnerten mit Aktionen daran, dass wesentliche Forderungen noch immer unerfüllt sind.

Seit der Corona-Krise sind die Lebensbedingungen für viele Menschen deutlich schlechter geworden.



**Peter Lorberau beim
Nelkenverteilen**

Wie so oft in unserer Gesellschaft sind Frauen besonders schwer betroffen. Deshalb war es für uns wichtig gerade jetzt in Aktionen zum Internationalen Frauentag auf die zahlreichen Probleme aufmerksam zu machen.



**Aktion der KPÖ zum Internationalen Frauentag am
Knittelfelder Hauptplatz.**

Die Beschäftigten im Handel, in der Pflege, im Dienstleistungssektor oder im sozialen und im pädagogischen Bereich werden als „systemrelevant“ bezeichnet. 78% der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauen, 72 % in pädagogischen Berufen, auch im Handel arbeiten vor allem Frauen. Die körperlichen und seelischen Belastungen dort sind stark gestiegen, die Bezahlung ist aber nach wie vor ungenügend. Statt gerechter Entlohnung gibt es schöne Worte - die kosten nämlich nichts.

Auch am Arbeitsmarkt ist es für Frauen schwieriger geworden. Sie wurden häufiger gekündigt und finden auch schwerer eine neue Anstellung als Männer. Das wird sich auch auf die Höhe zukünftiger Pensionen und damit auf die Entwicklung der Altersarmut auswirken: Schon jetzt erhalten Frauen in Österreich im Schnitt um 40 % geringere Pensionen als Männer.

Ein Großteil der zusätzlichen Familienarbeit im Lockdown wird von Frauen getragen. Neue Belastungen durch Homeoffice und Homeschooling sind hinzugekommen. 62 zusätzliche Stunden in der Woche wenden Frauen in Österreich dafür auf, Männer 23 Stunden.

Die steirischen Frauenhäuser sind derzeit überlastet. Das bedeutet einerseits, dass die Fälle von häuslicher Gewalt angestiegen sind, andererseits trauen sich auch mehr Betroffene Hilfe zu suchen.

Diskriminierung ist kein Naturgesetz!

Die Geschichte zeigt, dass Frauen immer wieder für ihre Rechte kämpfen mussten. Wer davon ausgeht, dass es alle Menschen schaffen können zumindest ein gutes Leben zu führen, wenn sie nur tüchtig und zielstrebig genug sind, irrt gewaltig. Denn es gibt ungleiche Voraussetzungen, je nach Herkunft und Geschlecht.

Die Diskriminierung von Frauen hat zwar im Kapitalismus System, sie ist aber kein Naturgesetz! Man kann sie überwinden und deshalb werden wir uns auch weiterhin konsequent für eine echte Gleichberechtigung und Gleichstellung einsetzen!

Was wir brauchen!

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes!
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Ausbau von Einrichtungen zum Gewaltschutz!
- Einen finanziellen Bonus für Alleinerziehende!
- Ein Arbeitsmarktpaket für Frauen!
- Mindestlehrlingsentschädigung in allen Branchen!
- Verpflichtende Väterkarenz!

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

05.05.2021

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240

Viele Menschen brauchen Hilfe: Für einen raschen Ausbau der kostenfreien psychischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote!



Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung, Zukunftsängste, Überlastung, Einsamkeit und Isolation sind auch eine psychische Belastung. Die Corona-Krise hat die Situation noch verschärft.

Immer öfter und dringender weisen Fachleute in diesem Zusammenhang auf die drastische Zunahme von psychischen Problemen hin. Dramatisch ist

auch die Situation vieler Kinder und Jugendlicher.

Regelmäßige Suizidgedanken!

Die Donau Uni Krems und die Medizinische Universität Wien berichten von dramatischen Ergebnissen nach einer Befragung von rund 3000 Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren im Februar. Mehr als die Hälfte leiden unter depressiven Symptomen, jede/r sechste Befragte hat suizidale Gedanken. Die Studienleitung betont die Verzehnfachung von Symptomen und Ängsten. 16 Prozent haben regelmäßig – oft täglich – suizidale Gedanken! Die befragten jungen Menschen empfinden in beinahe jedem 2. Fall keine Lust, keine Freude mehr, Interessen und Konzentration lassen nach, sie schlafen sehr schlecht.

Zu wenig Angebote

Schon bisher war das Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebot bei psychischen Problemen keinesfalls ausreichend. Das hatte zur Folge, dass viele Betroffene die nötige Behandlung gar nicht, oder oft sehr spät erhalten haben. Dieser Mangel hat PatientInnen vielfach gezwungen in den wahlärztlichen Bereich auszuweichen. Eine Möglichkeit, die Menschen mit geringem Einkommen verwehrt ist.

Die Chancen für eine bestmögliche medizinische Versorgung darf nicht vom Einkommen abhängig sein - es darf keine Zwei-Klassen-Medizin geben! Der schnelle Ausbau der Beratung und Behandlung psychischer Probleme ist daher ein Gebot der Stunde. „Koste es was es wolle“ muss auch auf diesem Gebiet die oberste Prämisse sein. Hier zu sparen, kann tödlich sein!

Antrag der KPÖ

Die KPÖ hat in der vergangenen Gemeinderatssitzung den Antrag stellen, der Gemeinderat soll von der österreichischen Bundesregierung sowie von

der steirischen Landesregierung folgende Punkte umzusetzen: **1.** Rasche und flächendeckende Ausweitung eines kostenfreien psychologischen und psychotherapeutischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebotes sicherzustellen. Dabei ist der notwendigen Versorgung von Kindern und Jugendlichen besonderes Augenmerk zu schenken. **2.** Bis es ausreichende kostenfreie Angebote in diesen Bereichen gibt sind Wahlärztkosten von der öffentlichen Hand zu übernehmen.

Der Antrag wurde ohne die ÖVP beschlossen. Resolutionen sind aber nur ein Anstoß. Deshalb wäre es wichtig, dass alle Parteien sich sofort dafür einsetzen die Situation zu verbessern.

Kriseninterventionsteam

0800/500 154

PSN

03512 44988

Kinderschutzzentrum

03512 75 74 1

Telefonseelsorge

142



Go-On Suizidprävention

0664 88 69 40 95

Frauenhäuser

0316 42 99 00

KPO

Kein Steuergeld für Airpower!

In den letzten Wochen wurde darüber spekuliert, ob es im nächsten Jahr eine Airpower geben wird. Die FPÖ hat sich klar dafür ausgesprochen. Wir halten allein schon den Gedanken an die Abhaltung der Airpower für absurd.

Für viele Menschen hat die Corona-Pandemie schon jetzt massive Auswirkungen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme werden in den nächsten Monaten noch zunehmen. Geld für eine Waffenschau auszugeben ist untragbar.

Neben der Corona-Krise hat auch die Klimakrise nichts an Schärfe verloren. Hunderttausende Liter Treibstoff für ein Kurzzeit-Event in die Luft zu blasen ist unverantwortlich.

Undurchsichtiges Millionengeschäft: Aufträge für Impfungen und Tests an Privatfirma vergeben!

Allgemein herrscht in Österreich ein Impfchaos mit viel zu wenig Impfdosen, undurchsichtigen Reihungen oder ständig besetzten Auskunftsnummern. Die Bundesregierung hat bei der Organisation nicht einmal die Österreichische Gesundheitskasse eingebunden, obwohl dort die Daten aller Versicherten bereits vorhanden sind. Besonders schlimm ist die Situation aber in der Steiermark.



Die Steiermark hat von allen Bundesländern den größten Rückstand bei den Corona-Impfungen. Statt auch hier bestehende Ressourcen, wie Gemein-

den oder gemeinnütziger Organisationen zu nutzen, wurde ein privates Gesundheitsunternehmen beauftragt, Massentests und Impfungen durchzuführen – dort fehlt aber das Personal.

Nicht nur die Massentests, auch die Impfungen wurden an die Firma Kastanienhof vergeben, die in Graz eine Privatklinik betreibt. Da dieses Unternehmen gar nicht über das nötige Personal verfügt, um alle Tests und Impfungen durchzuführen, werden Drittfirmen beauftragt – an den Teststraßen meist das Rote Kreuz - das dem Vernehmen nach bei der Ausschreibung gar nicht berücksichtigt wurde.

Verträge offenlegen!

Diese Vorgänge werfen viele Fragen auf, die die KPÖ in Form einer Anfrage an die zuständige Landesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) gerichtet hat. Unter anderem verlangt die KPÖ eine Offenlegung der Ausschreibung und der Verträge. Unklar ist, wer



Es wäre möglich, schneller Corona-Impfstoffe zu produzieren wenn die Patente aufgehoben werden würden. Regierungen könnten und sollten dies einfordern. Denn Milliarden an Steuergeld fließen in die Grundlagenforschung, in die Förderung von Impfstoffherstellern und später in den Einkauf der Impfstoffe.

Die Pharmakonzerne werden mit Milliarden überschüttet, dabei kennt man weder die tatsächlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, noch die Kosten der Produktion pro Dosis und erst recht nicht die unterschiedlichen Konditionen für die

überhaupt zur Angebotslegung eingeladen wurde. Auch ist unklar, welche Qualifikationen beim eingesetzten Personal vorausgesetzt werden und wie es rekrutiert und bezahlt wird. Bis jetzt ist die Landesrätin die Antwort auf diese Fragen schuldig geblieben.

Kosten sind geheim

Es ist schon fragwürdig genug, dass das Land auf eine private Firma zurückgreift um die Tests und Impfungen durchzuführen. Dass dann die Wahl auf ein Unternehmen fiel, das wegen Personalmangel selbst eine weitere Firma braucht ist ungeheuerlich. Die Verträge und die Ausschreibung sind geheim. So weiss man auch nicht wieviel an die Privatfirma bezahlt wird. So liegt der Verdacht nahe, dass sich hier jemand auf Kosten der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer eine goldene Nase verdient.

Monatelang haben die Bundesregierung und die Länder getrommelt, dass die Impfung der Ausweg aus der Corona-Krise sei. Es werden gewaltige Staatsschulden angehäuft, bis jetzt rund 60 Milliarden Euro, die irgendwann einmal zurückgezahlt werden müssen. Laut WIFO kostet ein Tag der Corona-Krise volkswirtschaftlich 190 Millionen Euro - vom menschlichen Leid, den Überlastungen und Problemen und den vielen gefährdeten Existenzen ganz zu schweigen.

Unverantwortliche Entscheidungen

Es wäre also die Aufgabe der Regierung alles zu tun um möglichst viele Impfdosen zu erhalten und den Ablauf der Impfungen optimal zu organisieren damit die Pandemie so kurz wie möglich dauert. Stattdessen werden immer mehr Bestellpannen bekannt und in der Steiermark lässt die Landesregierung ein Privatunternehmen Profit machen, das gar nicht über die nötigen Ressourcen verfügt um einen optimalen Ablauf zu gewährleisten. Das ist ein fahrlässiger Umgang mit unserer Gesundheit und mit Steuergeldern!

Kein Profit mit der Pandemie! Impfstoffe müssen patentfrei werden!

Länder oder, ob die Hersteller wirklich komplett für Nebenwirkungen und Produktfehler haften.

Die WHO hat die Pharma-Konzerne aufgerufen Patente und Daten in einen gemeinsamen Pool einzuspeisen. Bis heute ist keine Unternehmen dieser Aufforderung gefolgt. Eine Pandemie kann nur global beendet werden. Deshalb sollten Impfstoffe Gemeingut sein und die Patente aufgehoben werden.

Der Antrag der KPÖ das Land solle die Bundesregierung auffordern alle Maßnahmen zu ergreifen um eine Erhöhung der Produktionskapazitäten für Impfstoffe gegen COVID-19 zu ermöglichen und in Richtung der Aufhebung des Patenschutzes wirken wurden von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen abgelehnt.

Unsere Stärke: Solidarität!



**UNSERE STÄRKE:
SOLIDARITÄT!**

**SOZIALE SICHERHEIT
UND ARBEIT FÜR ALLE!**

**KOMMT ZUM 1. MAI!
DEMONSTRATION
10 UHR · MARIAHILFER PLATZ**

BDF **KSV** **KPO** **KjÖ** **GLB**

Der 1. Mai im Zeichen der Krise

Die Coronakrise hat die vielfachen Krisen des Kapitalismus offengelegt: Dieses System baut auf der Ausbeutung von Menschen und Umwelt zugunsten des Profits von Wenigen auf. Zugleich erhöhen militärische Aufrüstung und imperialistisches Säbelrasseln die Gefahr von Kriegen. Unsere Alternative dazu ist eine soziale, ökologische, friedliche, demokratische und gleichberechtigte Zukunft, die wir im Sozialismus sehen. Darum ist der 1. Mai auch ein Zeichen für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft durch Solidarität und den Zusammenhalt von unten.

Dazu laden wir als KPÖ Steiermark bei der gemeinsamen Demonstration am 1. Mai alle Menschen ein, die mit uns das Ziel teilen, sich für leistbares Wohnen, höhere Löhne und Gehälter, ein solidarisches Gesundheitswesen und kostenlose Bildung einzusetzen sowie für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte genießen.

Die KPÖ-Murtal fährt zur Demonstration nach Graz. Wer mitfahren möchte kann sich unter 03512/822 40 oder per Mail an knittelfeld@kpoe-steiermark.at anmelden.

Leserbrief

ATB, das tut weh!

Als das Kohlebergwerk in Fohnsdorf geschlossen wurde, hat die damalige Regierung versprochen aus der Region Aichfeld-Murboden eine Musterregion zu machen. Ein Kernstück dieser Musterregion war das Motorenwerk in Spielberg. Das Werk brachte viele Arbeitsplätze, besonders für Frauen.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem ersten Direktor der ATB. Dieser meinte damals, dass Motoren immer gebraucht werden, das Werk aber, wenn es eine Zukunft haben soll, in Forschung und Entwicklung investieren muss. Statt langfristig zu planen war aber kurzfristiger Gewinn wichtiger. Das Werk wurde mehrmals privatisiert und immer mehr Bereiche ins Ausland ausgelagert. Die Motorenforschung verschwand ganz aus Spielberg und die Arbeitsplätze wurden reduziert.

Nun haben fast alle, die noch bei der ATB beschäftigt waren, ihren Arbeitsplatz verloren. Menschen die sich eine Existenz aufgebaut haben, ganze Familien die jahrzehntelang dort gearbeitet haben. Viele müssen jetzt umschulen, in Bereichen mit denen sie bisher nichts zu tun hatten, zum Beispiel die Pflege. Andere sind zu alt um überhaupt noch Chancen am Arbeitsmarkt zu haben. Sie alle wurden aus einem sicheren Umfeld gerissen und blicken in eine ungewisse Zukunft.

Diese Zusperr- und Privatisierungspolitik nimmt nicht nur den direkt Betroffenen ihre Zukunftsaussichten, sondern beraubt der Region auch einer Entwicklungsmöglichkeit. Eine gesunde Region braucht eine industrielle Basis und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Leopold Pacher, KPÖ-Gemeinderat a. D., Knittelfeld

kinderland

Steiermark

SOMMERHITS FÜR FERIENKIDS

KOMM MIT INS FERIENLAND!

1-2^{ODER}3 Wochen

für Kinder im Alter von
6-15
Jahren



- ★ Vollpension in unserem Feriendorf am Turnersee in Kärnten
- ★ Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- ★ Hin- und Rückreise mit Bussen (verschiedene Einstiegsmöglichkeiten)
- ★ Zusatzangebote: Reit- oder Actionwoche
- ★ FÖRDERUNG möglich!

Feriendorf Turnersee
11. Juli bis 14. August 2021

NÄHERE INFOS GIBT'S UNTER:

0664 232 2883

www.kinderland-steiermark.at

Das Land
Steiermark

GRAZ

MITMACHEN!

ÄNDERE DIE WELT - SIE BRAUCHT ES!

Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten.

UNSERE STÄRKE:

SOLIDARITÄT!

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen.

Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!



IR ETWAS
KÖNNEN!